

Wahlprüfstein Nr. 1

Rechtliche Absicherung der Bibliotheken

In Deutschland existiert derzeit weder auf Bundesebene noch - mit Ausnahme Thüringens - in den Ländern ein Bibliotheksgesetz. Dabei sind Bibliotheken wichtige Garanten grundgesetzlich verankerter Rechte, wie dem auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und dem in Art. 5 GG formulierten Recht auf freie Meinungsäußerung und freiem Zugang zu Informationen. Zudem ist die Förderung der Kultur als Staatsaufgabe verankert.

Kultur und Bildungsplanung sind Ländersache. Die Länder sind unter anderem für die Schaffung gleicher Bildungschancen durch die Förderung kostengünstiger Zugänge zu Wissen und Information und für die Wahrung des kulturellen Erbes verantwortlich. Ein Bibliotheksgesetz könnte die dauerhafte Verankerung der Bibliotheken in der Bildungsinfrastruktur sichern und eine adäquate Literatur- und Informationsversorgung für Hochschullehre und Forschung gewährleisten.

Für die verschiedenen Bibliothekssparten gibt es derzeit in Bayern unterschiedliche Rechtsgrundlagen. Keine gesetzliche und damit finanzielle Absicherung besitzen bislang die Öffentlichen Bibliotheken in kommunaler und kirchlicher Trägerschaft. Von den wissenschaftlichen Bibliotheken sind die Hochschulbibliotheken und die Bayerische Staatsbibliothek im Bayerischen Hochschulgesetz verankert. Die regionalen Staatlichen Bibliotheken arbeiten auf der Basis der „Verordnung über die Gliederung der staatlichen Bibliotheksverwaltung“ von 1999. Hier ist auch ausgeführt, dass der Freistaat seiner Verantwortung für das öffentliche Bibliothekswesen durch die Unterhaltung einer Staatlichen Landesfachstelle mit Außenstellen nachkommt.

Wird sich Ihre Partei für ein Bibliotheksgesetz in Bayern einsetzen?

Sieht Ihre Partei alternative Möglichkeiten der rechtlichen Absicherung der Bibliotheken auf Landesebene? Wenn ja, welche?

Bayerischer Bibliotheksverband e.V.
Landesverband Bayern
im Deutschen Bibliotheksverband e.V.
Dr. Silvia Pfister
Direktorin der Landesbibliothek Coburg
Schloßplatz 1
96450 Coburg

Telefon 09561 8538-200
Telefax 09561 8538-201

silvia.pfister@landesbibliothek-coburg.de
www.bibliotheksverband.de/lv-bayern/

Bundesgeschäftsstelle
10623 Berlin
Straße des 17. Juni 114
Telefon 030 390014-79/-80/-81
Telefax 030 390014-84

dbv@bibliotheksverband.de
www.bibliotheksverband.de
www.bibliotheksportal.de

*Der DBV ist Mitglied in
Bibliothek & Information
Deutschland e.V. (BID)*

Hintergrundinformationen

Ein Bibliotheksgesetz dient dem bedarfsgerechten Ausbau einer landesweit vernetzten Bibliotheksstruktur, seiner Sicherung und Fortentwicklung. Unter Wahrung des Konnexitätsprinzips muss es Aussagen zu folgenden Kernbereichen enthalten:

1. die Aufgaben der Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen
2. die Gewährleistung von Standards und deren Fortentwicklung
3. die Finanzierung von Bibliotheken und fachlichen Informations- und Koordinationseinrichtungen (Landesfachstellen)

Weiterführende Regelungen können im Rahmen einer Verordnung erfolgen.

Bundespräsident Horst Köhler wies anlässlich der Wiedereröffnung der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar am 24. Oktober 2007 auf erhebliche Defizite in Deutschland hin:

„Trotz des wichtigen Beitrags der Bibliotheken für die Bildung und das selbstständige Lernen, fehlt in Deutschland - im Gegensatz zu den erfolgreichen PISA-Ländern - die strategische Verankerung der Bibliotheken als Teil unserer Bildungsinfrastruktur. Durchgängige bildungspolitische Zielsetzungen gemeinsam mit dem Bibliothekswesen sind heute weder auf Länderebene noch in der Politik des Bundes in ausreichendem Maße anzutreffen. Meine Meinung ist: Bibliotheken gehören deshalb in Deutschland auf die politische Tagesordnung.“

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages unterbreitet in ihrem Schlussbericht vom 11. Dezember 2007 konkrete Handlungsempfehlungen und fordert explizit Bibliotheksgesetze in Deutschland.

In mehreren Bundesländern laufen inzwischen Initiativen für die Verabschiedung von Bibliotheksgesetzen. In Thüringen wurde am 4.7.2008 als erstem Bundesland ein Bibliotheksgesetz verabschiedet.

Wahlprüfstein Nr. 2

Die Öffentlichen Bibliotheken als unverzichtbarer Bestandteil des Bildungssystems in Bayern

Schlagworte wie „Wissens- und Informationsgesellschaft“, „Lebenslanges Lernen“, „PISA-Schock“ zeigen die erheblichen Anforderungen an die Bildungssysteme in Deutschland auf. Die Fortentwicklung der Öffentlichen Bibliotheken zu örtlich und regional bedeutsamen Lern- und Wissenszentren ist gerade in einem Flächenstaat wie Bayern besonders vordringlich: Bibliotheken können als attraktive multimediale Kommunikations- und Bildungseinrichtungen mit unterschiedlichem Profil einem zunehmenden Stadt/Land-Gefälle bei der kulturellen Grundversorgung entgegenwirken und zu einer flächendeckenden Bildungs- und Informationsstruktur beitragen. Öffentliche Bibliotheken als integrierte Kommunikations-, Lern- und Kulturorte bedürfen daher einer zielorientierten landesweiten Förderung und Verankerung im Bildungssystem Bayerns.

Sieht Ihre Partei es als Aufgabe an, den Auf- und Ausbau der Öffentlichen Bibliotheken gezielt zu fördern?

Bestehen in Ihrer Partei bereits konkrete Vorstellungen oder Konzeptionen, die in diese Richtung zielen?

Hintergrundinformationen

Errichtung, Ausstattung und Betrieb Öffentlicher Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft sind als so genannte „Freiwillige Aufgaben“ der Städte und Gemeinden definiert und entziehen sich somit dem direkten Einfluss durch die Landespolitik. Gleiches gilt für die Einrichtungen freier Träger, z.B. der Kirchen.

Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) als Institutionenverband aller Sparten und der Berufsverband Information Bibliothek e.V. (BIB) als Personalverband der Beschäftigten in Bibliotheken und Informationseinrichtungen bekennen sich zum Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung, sehen aber dennoch – insbesondere im Vergleich zum europäischen Ausland – die Öffentlichen Bibliotheken in einem bildungspolitischen Vakuum. Die Bildungsplanung des Landes muss die Öffentlichen Bibliotheken berücksichtigen, auch wenn diese in die Kompetenz der Kommunen und/oder der freien Träger fallen. Es bedarf der Entwicklung von Strategien und Konzepten, die den Bibliotheken definierte Aufgaben und Funktionen im Bildungssystem zuweisen, ohne den durch die kommunale Selbstverwaltung existierenden Gestaltungsrahmen der Kommunen oder die Selbstständigkeit der freien Träger unzumutbar einzuschränken.

Wahlprüfstein Nr. 3

Kooperation von Schulen und Bibliotheken

Bibliotheken als wichtige außerschulische Bildungseinrichtungen sind die originären Kooperationspartner der Schulen im Land. In mehreren Bundesländern existieren bereits Vereinbarungen zwischen den bibliothekarischen Verbänden und den zuständigen Ministerien zur Entwicklung und zum Ausbau von Kooperationen zwischen Schule und Bibliothek.

Sieht Ihre Partei es als eine Aufgabe des Landes bzw. der Landespolitik an, die Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken gezielt zu unterstützen und dafür auch finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen?

Wie soll die Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen Bibliotheken und den Schulen unterstützt werden, um besonders unter dem Gesichtspunkt der Vermittlung der Schlüsselqualifikation „Informationskompetenz“ die im G8-Konzept vorgesehene Erhöhung der Studien- und Berufsfähigkeit zu fördern?

Existieren bereits Planungen, um die Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken auf eine effektive Basis zu stellen bzw. planen Sie solche Programme für die nächste Legislaturperiode?

Inwieweit befürwortet Ihre Partei die Integration der Öffentlichen Bibliotheken und der regionalen Staatlichen Bibliotheken mit den wissenschaftlichen Bibliotheken als Bildungspartner in die für die Schulen geltenden Bildungsstandards und in das System schulischer Ganztagsbetreuung?

Hintergrundinformationen

Die Defizite von Schülerinnen und Schülern in der schulischen Bildung hinsichtlich Lesekompetenz und Textverständnis, die beispielsweise in der PISA-Studie nachgewiesen wurden, haben eine intensive Diskussion im gesamten Bildungsbereich entfacht.

Ein wichtiges Ergebnis war in den Jahren 2004/2005 die Verabschiedung von Bildungsstandards durch die Kultusministerkonferenz (KMK). Die dort festgelegten Standards benennen explizit die Vermittlung notwendiger Kompetenzen für den selbstständigen und sachkundigen Umgang mit konventionellen wie elektronischen Medien.

Die erstmalige Definition spezifischer Lernziele in den Bereichen Lesekompetenz, Literatur- und Medienrecherche sowie Bibliotheksnutzung wird vom Deutschen Bibliotheksverband e.V. (dbv), dem Berufsverband Information Bibliothek e.V. (BIB) und dem Verein Deutscher Bibliothekare e.V. (VDB) ausdrücklich begrüßt. Es fehlen jedoch an den meisten Schulen die nötigen infrastrukturellen und personellen Ressourcen, um die beschriebenen Lernziele zu erreichen.

- Auch wenn Bayern bei internationalen Vergleichstests im Bundesdurchschnitt besser abschneidet als andere Bundesländer, kann dies für alle im Bildungsbereich Beschäftigten und für Bildungspolitik Verantwortliche kein Anlass zur Beruhigung sein.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Studie „Studieren mit elektronischer Fachinformation“ verwiesen, die deutschen Studienanfänger/innen ein deutliches Defizit in der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien attestiert. Unzureichende Vorbereitung auf die Erfordernisse der Berufsausbildung oder des Studiums ist ein Versäumnis, das später zu Lasten Dritter aufgearbeitet werden muss.

- Aktuelle Bildungsstandards und neue Lehr- und Lernmethoden erfordern die Ausstattung der Schulen mit attraktiv gestalteten, leistungsfähigen Schulbibliotheken. Dies dürfte jedoch angesichts notwendiger erheblicher Investitionen nur schrittweise und mittelfristig möglich sein. Umso wichtiger ist die Kooperation der Schulen mit den Bibliotheken am Ort. Leistungsfähige Öffentliche Bibliotheken fördern mit ihrer fachlichen Kompetenz und ihrem Dienstleistungsangebot Lesefähigkeit und Medienkompetenz – Schlüsselqualifikationen für schulischen Erfolg - und unterstützen Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler bei Erwerb und Vermittlung von Informationskompetenz.

Wahlprüfstein Nr. 4

Wissenschaftsstandort Bayern

In der Anhörung im Bayerischen Landtag am 14.2.2007 sind die teils gravierenden Defizite in der personellen, finanziellen und räumlichen Ausstattung der wissenschaftlichen Bibliotheken und deren Folgen für die Literatur- und Informationsversorgung von Forschung, Lehre und Studium in Bayern aufgezeigt worden.

Welche Bedeutung messen Sie der wissenschaftlichen Literatur- und Informationsversorgung zur Sicherung des Wissenschaftsstandortes Bayern bei?

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um langfristig die Lern- und Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie für Studierende zu stärken?

Hintergrundinformationen

Sowohl der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) als auch der Berufsverband Information und Bibliothek e.V. (BIB) und der Verein Deutscher Bibliothekare e.V. (VDB) unterstützen ausdrücklich die von Bund und Ländern angestoßenen Initiativen zur Verbesserung der Situation in den Hochschulen (z.B. „Exzellenzinitiative Hochschulen“).

Die Fokussierung auf die Spitzenforschung in der aktuellen Debatte darf jedoch den Blick auf die *Grundlagen* einer erfolgreichen Forschung und Lehre nicht verstellen. Ohne eine adäquate Literatur- und Informationsversorgung durch leistungsfähige Bibliotheken, die attraktive Raumangebote mit qualifizierter Fachberatung verbinden, werden die Investitionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen kaum die von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewünschten Ergebnisse bringen.

Die in der Regel stagnierenden, wenn nicht gar rückläufigen Etats der wissenschaftlichen Bibliotheken in Verbindung mit permanenten Preiserhöhungen für Bücher und vor allem Zeitschriften gefährden die geforderte Literaturversorgung. Dieser Entwicklung können die Bibliotheken einerseits nur durch Abbestellungen entgegenzutreten, was eine einschneidende Beeinträchtigung der Literaturversorgung bedeutet. Andererseits versuchen sie durch neue, das heißt digitale Publikations- und Distributionsmodelle Selbsthilfe im Sinne der wissenschaftlichen Nutzer zu leisten, wie es bereits 2001 vom Wissenschaftsrat vorgeschlagen wurde: „Digitale wissenschaftliche Publikationen sollten durch eine hohe Verfügbarkeit und Zugänglichkeit gekennzeichnet sein.“ Zu nennen sind hier die „Open Access“-Initiative, das Non-Profit-Unternehmen „German Academic Publishers (GAP – <http://www.gap-portal.de/>). Virtuelle Fachbibliotheken (<http://www.vascoda.de>) und Dokumentenlieferdienste wie Subito (<http://www.subito.de>) oder die Gründung von Hochschulverlagen. Alle diese Projekte stoßen jedoch immer häufiger an urheberrechtliche Grenzen, so dass die Weiterentwicklung des Urheberrechts auf der Ebene der Europäischen Union sowie des Bundes hier auch mittelbar originäre länderpolitische Interessen tangiert.

Dokumente und Quellen zu Wahlprüfstein 1:

- Festrede von Bundespräsident Horst Köhler anlässlich des Festaktes zur Wiedereröffnung der Herzogin Anna Amalia Bibliothek am 24. Oktober 2007 in Weimar. Online unter: http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_644176/Festrede-des-Bundespraesidenten-beim-Festakt-zur-Wiedereroeffnung-der-Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek.pdf
- Der Schlussbericht der Enquetekommission (Bundestags-Drucksache 16/7000 vom 11. Dezember 2007). Online unter <http://www.bundestag.de/parlament/gremien/kommissionen/enqkultur/Schlussbericht/Schlussbericht/Schlussbericht.pdf>, zur Kommission selbst vgl. <http://www.bundestag.de/parlament/gremien/kommissionen/enqkultur/index.html>. – Die Stellungnahme des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. vom 12. Dezember 2007 hierzu: http://www.bibliotheksportal.de/hauptmenue/service/aktuelles/news/article/enquete-kommission-kultur-fordert-bibliotheks-gesetz/?tx_ttnews%5BbackPid%5D=8&cHash=8297f5a254
- Die Stellungnahmen der unterschiedlichen Parteien aus verschiedenen Ländern sind unter <http://infobib.de/blog/2007/12/10/ergebnisse-der-umfrage-zu-landesbibliotheksgesetze/> nachzulesen.
- Zur Praxis, den Problemen und Perspektiven einer Bibliotheksgesetzgebung vgl. das Papier von Eric Steinhauer: <http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2007/309/pdf/Preprint%20Bibliotheksgesetzgebung.pdf>
- „Auf dem Weg zu einem Bibliotheksgesetz in Thüringen“. Online unter: <http://www.bibliotheksverband.de/lv-thueringen/bibliotheksgesetz.html>
- Bibliotheken als Landesaufgabe in Nordrhein-Westfalen. Online unter: <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD14-6319.pdf>
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD14-6316.pdf>

- „Öffentliche Bibliotheken gesetzlich absichern“. Aufruf des Deutschen Kulturrats zum „Tag der Bibliotheken 2007“. Online unter: <http://www.kulturrat.de/pdf/1157.pdf>
- Schleihagen, Barbara: „Bibliotheksgesetze und ihre Umsetzung in Europa – eine nicht ganz zufällige Auswahl“. Vortrag, gehalten auf dem 11. Thüringer Bibliothekartag, 5. Oktober 2005. Online unter: http://www.bibliotheksportal.de/fileadmin/0bibliotheken/Bibliotheken_International/dokumente/vortrag_barbara_schleihagen_5_10_05.pdf
- „Acts on Library Services“ – Bibliotheksgesetze zu Öffentlichen Bibliotheken aus verschiedenen Staaten bzw. Regionen. Online unter: <http://www.ifla.org/V/cdoc/acts.htm>
- Eichert, Christof: „Die Strategie zeigt weit über das Jahr 2007 hinaus. Politische Rahmenbedingungen für die Bibliotheksarbeit in Deutschland.“ In: BuB – ForumBibliothek und Information 58 (2006) 06, S. 473–475. Online unter: http://www.b-u-b.de/cgi-local/byteserver.pl/pdfarchiv/Heft-BuB_06_2006.pdf
- Hasiewicz, Christian: „Bibliotheken als Teil der Bildungslandschaft.“ In: BuB – Forum. Bibliothek und Information 57 (2005) 03, S. 241–243. Online unter: http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2005/158/pdf/Dossier_02%20-BuB-2005-03.pdf

Dokumente und Quellen zu Wahlprüfstein Nr. 2 und Nr. 3

- Nicht um eine „Verordnung“, sondern nur um eine unverbindliche „Bekanntmachung“ handelt es sich bei dem Papier „Schulbibliotheksarbeit in Bayern“ des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 17. November 2003 (Nr. III.6 – 5 S 1301 – 5. 93 772). Online unter: <http://www.km.bayern.de/imperia/md/content/pdf/bekanntmachungen/33.pdf>
- Rahmenvereinbarungen zwischen dem Deutschen Bibliotheksverband e.V. (DBV) und den Ländern zum „Lernort Bibliothek“ existieren in Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Online unter: <http://www.bibliotheksverband.de/vereinbarungen.html>
- Straubinger Erklärung des Bayerischen Bibliotheksverbandes, verabschiedet im Rahmen des Bayerischen Bibliotheksforums am 29. Oktober 2007. Online unter: http://www.bibliotheksforum.de/downloads/straubinger_erklaerung_2007.pdf
- Ein Positionspapier aus Baden-Württemberg: Landesverband Baden-Württemberg im Deutschen Bibliotheksverband e.V., Landesgruppe Baden-Württemberg im Berufsverband Information Bibliothek e.V., Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen bei den Regierungspräsidien in Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen [Hrsg.], An der Zukunft von Stadt und Land bauen. Kommunale Öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg, 2007. Online unter: http://www.s.fachstelle.bib-bw.de/angebot/dokumente/Positionspapier_Zukunft_StadtLand.pdf
- Zu den Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK): Analysen, Empfehlungen, Beschlüsse, Dokumente und Übersichten. Online unter: <http://www.kmk.org/schul/Bildungsstandards/bildungsstandards-neu.htm> und <http://www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=1584>
- Zum Projekt „Studieren mit elektronischer Fachinformation“ (SteFi): Rüdiger Klatt, Konstantin Gavriilidis, Kirsten Kleinsimlinghaus, Maresa Feldmann [u.a.]: Nutzung elektronischer wissenschaftlicher Information in der Hochschulausbildung. Barrieren und Potenziale der innovativen Mediennutzung im Lernalltag der Hochschulen. Endbericht. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Projektträger Fachinformation, Dortmund 2001: Abschlussbericht. Online unter: <http://www.stefi.de/download/bericht2.pdf>
- Claudia Lux, Wilfried Sühl-Strommenger: Teaching Library in Deutschland. Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz als Kernaufgabe für Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken, Wiesbaden: Dinges & Frick, 2004 (B.I.T.online – Innovativ; 9).

- Schulmediothek.de: Das Portal rund um das Thema Schulmediothek. Online unter: <http://www.schulmediothek.de>
- Bertelsmann Stiftung, Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport Nordrhein-Westfalen [Hrsg.]: Kooperation macht stärker: Medienpartner Bibliothek & Schule. 2. Auflage, Gütersloh : Bertelsmann Stiftung, 2005. Online unter: <http://www.medienpartner-nrw.de>
- Die Seminare in der gymnasialen Oberstufe. Erarbeitet im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom Arbeitskreis „Schulversuch Seminare in der Oberstufe“ am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB). 2., bereinigte Aufl. München 2008, bes. S. 17-18. Online unter: <http://www.isb.bayern.de/isb/index.asp?MNav=0&QNav=5&TNav=1&INav=0&Pub=1072>.
- Interministerielle Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Staatsbibliothek und den Schulen im Freistaat Bayern. 2006. Online unter: <http://www.lfs.bsb-muenchen.de/meldungen/detail.jsp?intID=30000063>.

Dokumente und Quellen zu Wahlprüfstein 4

- Anhörung des Hochschulausschusses zur Situation der wissenschaftlichen Bibliotheken in Bayern: Fragenkatalog. Online unter: http://www.bayern.landtag.de/cps/rde/xchg/SID-0A033D45-1C7D70C6/www/x/-/www/16_1261.htm
- Die Leistungsfähigkeit einer Hochschulbibliothek als Kennziffer im Hochschul-Ranking am Beispiel der Universitätsbibliothek Konstanz. Online unter: <http://www.ub.uni-konstanz.de/bibliothek/wir-ueber-uns/ranking.html>
- Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHR) und DIE ZEIT veröffentlichen seit Jahren regelmäßig ein Hochschulranking, in dem die Bibliotheksausstattung ein wichtiger Indikator darstellt. Publikationen zu unterschiedlichen Ranking- und Benchmarking-Untersuchungen. Online unter: <http://www.che-concept.de/cms/?getObject=249&getName=Publikationen&getLang=de>
- „Göttinger Erklärung zum Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft vom 5. Juli 2004“ mit der Dokumentation der weiteren Entwicklung. Online unter: <http://www.urheberrechtsbuendnis.de/>
- Wissenschaftsrat: „Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung für Hochschulen“ (Drs. 4935/01 vom 13. Juli 2001). Online unter: <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/4935-01.pdf>.
- „Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“ (22. Oktober 2003). Online unter: http://www.mpg.de/pdf/openaccess/BerlinDeclaration_dt.pdf